

Zur Diskussion um die *Quick Reaction Force* (QRF)

Neue Qualität des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan?

GRÜNE unterstreichen Notwendigkeit für Strategiewechsel

Die Bundesregierung hat am 06. Februar beschlossen, im Rahmen des bisherigen Mandats für die von der UN-mandatierte *International Security Assistance Force* (ISAF) in Afghanistan eine schnelle Eingreiftruppe (QRF) von 200 Soldatinnen und Soldaten zur Verfügung zu stellen. Bis 1. Juli stellt Norwegen im Gesamtverband des ISAF *Regionalkommandos Nord* diese Kräfte bereit. Norwegen will sich dafür ganz auf das *Provincial Reconstruction Team* (PRT) Maymane in der Nordwestprovinz Fayab konzentrieren.

Hierüber gibt es bei den GRÜNEN Fragen und Kritik. Zu ihnen soll hier aus Sicht der mit Afghanistan befassten GRÜNEN-Bundestagsabgeordneten Stellung genommen werden. Zu weiteren Fragen haben wir eine Anfrage gestellt.

Fakten und Hintergrund

Ist die QRF etwas Neues?

Nein, eine solche Eingreiftruppe hat es bisher schon bei ISAF gegeben – gestellt von den Norwegern und – übrigens – unter deutschem Kommando. Die ISAF-Kräfte im Norden bestehen aus fünf PRTs, der Forward Support Base als dem zentralen logistischen Stützpunkt in Mazar und der QRF. Das Regionalkommando Nord hat ein General der Bundeswehr inne. Ihm ist die QRF heute schon unterstellt.

Worum geht es bei der QRF?

Die QRF soll 200 Soldaten umfassen. Sie ist die einzige Reserve- und Verstärkungskraft für die gesamte Nordregion. Sie übernimmt Sonderaufgaben, wie z.B. die Begleitung von Konvois oder helfen, wenn die örtlichen afghanischen oder ISAF-Kräfte zu schwach sind und aus eigener Kraft nicht mit einer Bedrohungssituation fertig werden. Sie ist als Reserve zuständig für einen Raum, dessen neun Provinzen sich über 1.200 km Ost-West und bis zu 400 km Nord-Süd erstrecken, mit zum Teil extremer Geographie und ca. 7 Mio. Einwohnern.

Kommt es durch QRF zu einer Aufstockung des Einsatzes?

Nein. Die Obergrenze des Bundestages für den ISAF-Einsatz von 3500 wird nach Auskunft der Bundesregierung nicht überschritten. Dafür sollen in der Hauptstadt Kabul weniger Bundeswehrsoldaten eingesetzt werden. Das Regionalkommando Nord sichert mit knapp einem Zehntel der ISAF-Soldaten rund ein Viertel Afghanistans. Im Norden sind insgesamt 4.000 ISAF-Soldaten stationiert (im Süden demgegenüber 19.000, im Osten 15.000), von denen nur ein kleinerer Teil für Patrouillen und Außenpräsenz zur Verfügung steht. Mit einem solchen Kräfteansatz ist ISAF wohl zu Präsenz, zu Unterstützungs- und Verbindungsarbeit, zu Ausbildung in der Lage, als Pufferkraft zwischen verschiedensten Gewaltakteuren und Machthabern in einer Region, wo staatliche Strukturen erst ansatzweise entstehen. Der Kräfteansatz entspricht dem Auftrag Stabilisierungsunterstützung. Er war bisher durch eine QRF als Reserve abgesichert – und soll es auch künftig sein.

Kommt es zu einer Ausweitung des Einsatzgebietes?

Für das Einsatzgebiet gelten weiterhin die Beschränkungen des ISAF-Mandats aus den Beschlüssen des Deutschen Bundestages, wonach das Einsatzgebiet auf den Norden beschränkt ist. Wie bisher können Deutsche darüber hinaus nur in anderen ISAF Regionen für zeitlich und im Umfang begrenzte Unterstützungsmaßnahmen eingesetzt werden, sofern diese Unterstützungsmaßnahmen zur Erfüllung des ISAF-Gesamtauftrages unabweisbar sind. Die Entscheidung, ob diese Voraussetzungen vorliegen trifft der Verteidigungsminister. Anforderungen der norwegischen QRF zu Einsätzen außerhalb der Nordregion sind zweimal abgelehnt worden.

Hat die QRF andere Einsatzregeln?

Auch für die QRF gelten die gleichen ISAF-Regeln, wonach die Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe autorisiert ist, alle erforderlichen Maßnahmen einschließlich der Anwendung militärischer Gewalt zu ergreifen, um das Mandat gemäß Sicherheitsratsresolution durchzusetzen. Hierzu gehören Maßnahmen zur Selbstverteidigung sowie der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Bislang hat die Bundeswehr äußerst gewaltarm und besonnen agiert.

Gibt es Erfahrungen mit den QRF-Einsätzen?

Die norwegischen QRF-Kräfte haben im vergangenen Jahr 26 Einsätze – von der Begleitung von Konvois bis zur Absicherung einer Absturzstelle, durchgeführt, bei denen es in der Regel nicht zu bewaffneten Zwischenfällen kam. Im November 2007 war die QRF bei *Harekate Yolo II*, einer gemeinsamen Operation von afghanischer Armee und ISAF im Nordwesten eingesetzt. Hierbei ergaben sich mehrstündige Gefechte, deren Hauptträger auf ISAF-Seite die QRF war. Dies waren die ersten Gefechte, in die ISAF-Truppen im Norden seit Beginn der Stationierung im Laufe 2003 verwickelt waren.

Bedarf es eines neuen Mandats des Bundestages?

Wenn die Obergrenzen, das Einsatzgebiet, die Einsatzregeln beibehalten werden, wäre der Einsatz durch das bis Mitte Oktober geltende Mandat des Bundestages gedeckt. Sollte aber dem Drängen anderer NATO-Partner nach einer dauerhaften Öffnung des QRF-Einsatzgebietes nach Süden nachgegeben werden, bedürfte es eindeutig eines neuen Mandats.

Bewertung und Kritik

- (1) Die QRF ist aus militärischer Sicht notwendig und muss weitergeführt werden. Im Rahmen der Lasten- und Risikoverteilung der ISAF-Partner in der Region Nord wäre eine Ablehnung einer QRF-Übernahme durch Deutschland kaum vermittelbar.
- (2) Mit der Übernahme der bislang nicht vorgesehenen QRF-Aufgabe, muss die Bundesregierung gegenüber dem Bundestag glaubhaft garantieren, dass die QRF nur im Rahmen des bisherigen Mandats agiert und dem Regionalkommando Nord unterstellt bleibt :
 - (a) Auftrag:
Stabilisierungsunterstützung und nicht offensive Aufstands- und Terrorbekämpfung;
 - (b) Einsatzgebiet:
Nur Region Nord. Befristete Ausnahmen nur mit Ministererlaubnis und vorheriger Konsultation der Fraktionen. Stünde die QRF für den landesweiten Einsatz zur Verfügung, dann würde das der Reservefunktion für den Norden zuwider laufen - eine zweite Reserve müsste aufgestellt werden.
 - (c) Mandatsobergrenze:
Die Mandatsobergrenze von 3.500 Kräften ist einzuhalten.
- (3) Eine QRF in den oben genannten Grenzen hat ein militärisch härteres und riskanteres Aufgabenprofil und ist ausdrücklich kein PRT. Das gilt es nüchtern festzustellen. Dabei von „neuer Qualität“ zu sprechen, ist überzogen, weil diese Anforderung von Anfang an zu den Aufgaben der Stabilisierungsunterstützung in Kabul und Nord-Afghanistan dazu gehört. Zudem arbeiten QRF und deutsche Bundeswehrsoldaten im Rahmen des Mandates bereits heute Seite an Seite.
- (4) Bis heute ist die Bundesregierung der Forderung für einen Strategiewechsel nicht nur im Norden sondern auch im Süden und Osten zu sorgen, nicht nachgekommen. Die Bundesregierung drückt sich vor jedem Konflikt mit den USA – sei es bei der Beendigung von OEF, sei es in der Nachfolgefrage für Tom Koenigs. Keinerlei erkennbare Anstrengungen hat sie bisher unternommen, die Stabilisierung gefährdenden US-Kommandoaktionen im Rahmen der *Operation Enduring Freedom* (OEF) in Afghanistan zu beenden.

- (5) Stattdessen werden im Vorfeld des NATO-Gipfels in Bukarest Ideen gestreut, das deutsche Kontingent noch einmal um 1000 Soldatinnen und Soldaten zu erhöhen. Gleichzeitig wird innerhalb der Regierung darüber spekuliert, wie die bisherige 12-monatige Laufzeit des Mandats so manipuliert werden kann, dass das Thema aus dem Bundestagswahlkampf 2009 herausgehalten wird. Diese Trickereien sind für uns völlig unakzeptabel.
- (6) Im Zivilen dagegen hinkt die Politik der Bundesregierung den Erfordernissen in Afghanistan und ihren eigenen Ankündigungen hinterher. Die dringend notwendige Verdoppelung der Aufbauhilfe auf 200 Mio. € jährlich ist nicht erfolgt. Der Polizeiaufbau hat bisher keines der Ziele des *Afghan Compact* erreicht. Nachdem Ende der Tätigkeit von *Tom Koenigs* gibt es für die zivile Hilfe bis heute keinen neuen zivilen Koordinator.

Andere Nachrichten

Die Lage in Afghanistan, das bezeugt gerade das Selbstmordattentat in Kandahar, ist alles andere als stabil. In vielen Regionen hat sie sich verschlechtert. Hinzu kommt der äußerst brutale Winter dieses Jahres, der viele Todesopfer fordert und die Lage der Zivilbevölkerung weiter verschärft.

Aber auch die Verschlechterung der Lage ist nicht linear. Afghanistan entwickelt sich disparat. So hat es im Süden Rekordmengen von Opium gegeben, im Norden ist der Anbau zurückgegangen. Im Norden gibt es auch eine ganz andere, sehr positive Akzeptanz für die internationale Mission, wie eine Studie der FU Berlin belegt. Sie unterstreicht aber auch den Wunsch der Afghanen nach mehr Sicherheit im Alltag – und damit die dringende Notwendigkeit für Deutschland, seine Versäumnisse beim Polizeiaufbau endlich zu beheben.

Dies ist keine Nord-Süd-Frage: So machen die von der *Heinrich Böll Stiftung* unterstützten *Tribal Liaison Offices* politische Hoffnung: In Krisenprovinzen des Ostens und Südostens fanden mehrere Treffen von Stammesautoritäten statt, bei denen es um Gespräche, Verhandlungen und Konfliktlösungen mit Teilen der Aufständischen ging. *GTZ International Service* hat endlich einen großen Vertrag mit der niederländischen Regierung über Aufbauprojekte in der Taliban-Hochburg Uruzgan unterzeichnen können.

Anders gesagt, dort wo mit dem Strategiewechsel ernst gemacht wird, gibt es Ansätze zur Besserung der Lage. Weder mit dem Mechanismus jedes Jahr mehr Soldaten zu schicken noch mit den permanent wiederholten Abzugsforderungen wird man der Lage in Afghanistan gerecht. Beides führt zu mehr Krieg.

Afghanistan braucht eine verantwortlich agierende afghanische Regierung und eine internationale Präsenz mit einem militärischen Strategiewechsel samt ziviler Aufbauoffensive.